Resolution

verabschiedet von der
6. Kammerversammlung

Psychotherapeuten
Kammer NRW

4. Sitzung der 6. Kammerversammlung
am 7. November 2025, Düsseldorf

Auskömmliche Finanzierung der Psychosozialen Zentren für Geflüchtete sicherstellen!

Die Psychosozialen Zentren (PSZ) sind in Nordrhein-Westfalen eine tragende Säule der Unterstützung für Menschen, die nach Krieg, Folter und Flucht bei uns Schutz suchen. Sie bieten spezialisierte psychotherapeutische und psychosoziale Hilfe für traumatisierte Geflüchtete, die im bestehenden Regelsystem kaum abgedeckt wird.

Die PSZ leisten einen entscheidenden Beitrag, dass traumatisierte Geflüchtete nicht nur Versorgung ihrer teilweise schwerwiegenden psychischen Erkrankungen, wie Posttraumatischer Belastungsstörungen (PTBS), finden.
Neben den psychotherapeutischen Angeboten geben sie Hilfesuchenden auch Orientierung und Stabilität, um sich in ihrem neuen Lebensumfeld integrieren zu können.
Wird diese wertvolle Arbeit durch finanzielle Einschnitte eingeschränkt, gehen nicht nur wertvolle Versorgungsstrukturen verloren, sondern es wird auch die soziale und gesundheitliche Integration vieler Betroffener noch weiter erschwert. In der Folge bleiben Traumata unbehandelt, die psychischen Erkrankungen chronifizieren, die Mehrfachbelastungen für kommunale Hilfesysteme, Kliniken und soziale Dienste steigen.

Wir appellieren daher an die Bundesregierung, sich in den anstehenden Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2026 für eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung der Psychosozialen Zentren einzusetzen.
Die Kammerversammlung der Psychotherapeutenkammer Nordrhein-Westfalen fordert die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf, ihren Einfluss entsprechend geltend zu machen und sich für die finanzielle Sicherstellung der wertvollen Infrastruktur der Psychosozialen Zentren für Geflüchtete in Nordrhein-Westfalen einzusetzen.

Diese Einrichtungen sind unverzichtbar!